

Die SVP hat es auf die Kantis abgesehen

Ganze vier Vorstösse hat die SVP zuletzt eingereicht, die sich alle unter dem Verdacht zusammenfassen lassen, dass die Kantonsschulen zu links seien. Nun gerät die Partei selbst in die Kritik.

Denise Donatsch

Die Solothurner SVP hat die Solothurner Schulen, speziell die Kantonsschulen Solothurn und Olten, ins Visier genommen. Seit Sommer 2022 reichte die Partei zwei Interpellationen und zwei Aufträge bei der Regierung ein. Sie drehten sich alle um die Vorwürfe: Die Kantis seien zu links und zu woke.

Ob die politische Neutralität im Unterricht eingehalten wird, wollte im Juli 2022 die SVP-Fraktion wissen. Sie beantragte, eine repräsentative Umfrage bei Schülerinnen und Schülern der obligatorischen Schulen sowie den weiterführenden Schulen durchzuführen.

Auslöser für den Vorstoss waren die Maturaarbeiten dreier Kantischüler aus dem Aargau. Die Jugendlichen kamen aufgrund von Umfragen zum Schluss, dass die Aargauer Mittelschulen zu links seien. Dies wollte die Solothurner SVP ebenfalls geklärt haben.

In ihrem Auftrag standen deshalb Fragen wie: Haben die Schülerinnen und Schüler den Eindruck, ihre persönliche politische Meinung hat einen Einfluss auf die Notengebung? Oder: Fühlen sich Schüler und Schülerinnen unter Druck, einer gewissen politischen Meinung zu folgen?

Zentralpräsidentin kontert die Vorwürfe

Kürzlich nahm Dagmar Rösler, Zentralpräsidentin des Dachverbands der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, Stellung zu diesem Thema: «Behauptungen oder Mutmassungen, dass Lehrerinnen und Lehrer allesamt ‹Linke› seien, sind zu pauschal. Ebenso wie die Vorwürfe, dass Schülerinnen und Schüler von der Schule ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten politisch beeinflusst werden. Das ist Nonsens und bewirkt höchstens, dass Lehrerinnen und Lehrer – aus Angst, an den Pranger gestellt zu werden – die politische Bildung zu zurückhaltend angehen.»

Zwar erklärte das Parlament den Auftrag der SVP-Fraktion als nicht erheblich, es wurde aber ersichtlich, dass die Volkspartei den Solothurner Schulen mit grossem Misstrauen begegnet.

Politische Indoktrination befürchtet

Dieses Misstrauen ergoss sich im September 2022 in einen nächsten Auftrag von SVP-Fraktionschef Beat Künzli an die Regierung. Titel des Schreibens: Stopp dem Gender-Wirrwarr. Der Laupersdörfer zielt mit seinem Vorstoss zwar nicht nur auf die Schulen ab, dennoch waren diese erneut Gegenstand der Debatte.

Er forderte in seinem Schreiben, die Regierung möge durchsetzen, dass sich interkantonale Institutionen, Schulen sowie die Verwaltung im Kanton Solothurn an die korrekte Rechtschreibung und an den kantonalen Leitfaden für gendergerechte Sprache halten. Im Nichteinhalten der Gender-Leitlinien sah Künzli aber nicht bloss eine Verletzung von geltenden Regeln, der Kantonsrat vermutete im Gebrauch von Gender-Sonderzeichen (Genderstern, Genderdoppelpunkt, Gender-Gap) ebenfalls die sprachliche Umsetzung eines linken Parteiprogramms.

Im September dieses Jahres witterte schliesslich Matthias Borner, SVP-

Kantonsrat aus Olten, eine woke Agenda an der Kantonsschule Solothurn. Er hinterfragte, dass die Kanti Solothurn ihre Schülerinnen und Schüler dazu verpflichtete, Vorträge zu den Themen «Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung», «Geschlechter-spezifische Gewalt» und «Rassismus» zu besuchen.

Borner wollte im Rahmen seiner Interpellation vom Regierungsrat unter anderem wissen, ob in dieser Vortragsreihe politisch neutral Wissen vermittelt werde, wie es das Schulgesetz vorsieht, oder ob eine politische Indoktrination stattfinde. In seiner ausführlichen Stellungnahme widersprach der Regierungsrat Borners Befürchtungen.

Regeln sollen eingehalten werden

Der jüngste SVP-Streich stammt aus der Feder Roberto Contis. Am 15. November reichte der Kantonsrat aus Bettlach eine Interpellation ein. Im Fokus: einmal mehr die Gendersprache. «Ich stelle fest, dass Schülerinnen und Schüler Mühe haben, Deutsch zu sprechen, zu schreiben und vor allem zu formulieren», bemerkt der Lehrer für Wirtschaft und Recht an der Kantonsschule Solothurn.

Dies sei nicht nur bei Ausländerinnen und Ausländern der Fall, sondern auch bei Schweizerinnen und Schweizern. «Ich finde es einfach wahnsinnig, wenn zusätzlich noch verlangt wird, dass man gendert, so wie das an den Fachhochschulen und an den Universitäten offenbar schon gang und gäbe ist.»

Auch macht sich Conti Sorgen um die Lesbarkeit eines Textes, welche seiner Ansicht nach unter der Verwendung von Gender-Sonderzeichen leiden würde. Vor einem Jahr habe er eine Maturaarbeit entgegengenommen und sei sehr überrascht gewesen darüber, dass der Jugendliche den Genderstern verwendet habe. Er habe sie selbstverständlich trotzdem angenommen, da im Vorfeld zu diesem Thema nichts abgemacht gewesen sei.

Motiviert zu dieser alle Geschlechter inkludierenden Schreibweise sei der

«Immer mehr Schüler haben Mühe, Deutsch zu sprechen und zu schreiben.»



Roberto Conti
SVP-Kantonsrat

Schüler durch eine junge Lehrperson in Ausbildung geworden, welche ihm dies mit Nachdruck empfohlen habe. Conti lehnt dies jedoch klar ab. Er will, dass man sich an die geltenden Regeln hält und verweist auf den Leitfaden für gendergerechte Sprache des Kantons Solothurn. Dieser besagt, dass die Anwendung von Sonderzeichen wie dem Genderstern, Genderdoppelpunkt oder Gender-Gap unzulässig sind.

Der Leitfaden verweist unter dem Abschnitt «Grundsätzliches» darauf, dass die aktuellen Leitlinien die sprachliche Realität all jener Menschen und Personengruppen, die sich selbst ausserhalb der herkömmlichen binären Geschlechterkategorien verorten, derzeit nicht abbilden könne. Doch der Bund sei darum bemüht, eine Regelung zum Thema non-binäre Geschlechtsausprägung zu erarbeiten.

«Mich nimmt's nun wunder, ob unsere Schulleitung an der Kanti Solothurn diesbezüglich etwas unternimmt.» Ist das Einhalten von Regeln der einzige Beweggrund, weshalb Conti dertmassen darauf pocht, dass an den Solothurner Kantonsschulen auf Gender-Sonderzeichen verzichtet wird? Oder steckt noch etwas anderes dahinter? Etwa Vorbehalte gegen non-binäre Menschen? «Nein. Ich habe grundsätzlich kein Problem damit. Man darf das leben.» Was er aber von non-binären Menschen erwartet, ist, dass es diese aushalten, wenn sie in einem Text nicht mit erwähnt werden.

Falsche Vermengung von Unterrichtsthemen und Politik

«In den Richtlinien der Kantonsschule Solothurn für die Erstellung der Maturaarbeit wird festgehalten, dass die Maturaarbeiten sprachlich korrekt verfasst sein müssen», so Stefan Zumbunn, Rek-

tor der Kantonsschule Solothurn. Die sprachliche Korrektheit werde dabei – wie bei anderen zu verfassenden Texten auch – durch den Duden festgelegt.

Die Aspekte einer gendergerechten Sprache seien dabei kaum höher zu gewichten als andere Aspekte der Sprache. «Aus unserer Sicht ist diese Formulierung klar und ausreichend.» Zu den Vorwürfen, an den Kantonsschulen würde politisch neutral unterrichtet oder gar eine woke Agenda geführt, äussert sich Zumbunn wie folgt: «Zweifellos haben Lehrpersonen politisch und konfessionell neutral zu unterrichten, das ist keine Frage.»

«Was die SVP macht, grenzt an eine ‹Woke-Hysterie›.»



Silvia Fröhlicher
SP-Kantonsrätin

Dennoch sei klar zu unterscheiden zwischen einer übergriffigen politischen Ideologisierung im Unterricht und der Vermittlung eines Werte-Kompasses, der Menschenrechte, demokratische Grundwerte und rechtsstaatliche Prinzipien umfasst. «Es gehört zu den Aufgabengebieten von Lehrpersonen, im Unterricht kontroversen Grenzen zu setzen, die diese Grundwerte infrage stellen.»

Die Vorstösse der SVP erweckten den Eindruck, dass eine Auseinandersetzung mit Themen wie Rassismus, Sexismus oder der Gleichstellung der Geschlechter als «links» zu bewerten und daher an den Mittelschulen zu unterlassen seien. «Aus meiner Sicht findet hier aktuell eine falsche Vermengung von Unterrichtsthemen und Politik statt.»

Vorwürfe machen selbst Rektoren nervös

Wenn sich im Unterricht eine Lehrerin mit dem Antisemitismus oder ein Lehrer mit Biodiversität auseinandersetze, sei das keine Verletzung der politischen Neutralität an der Schule, sondern eine Auseinandersetzung mit den in den übergeordneten Bildungszielen geforderten, aktuellen Themen. «Anders ausgedrückt: Es gibt keine linken oder rechten Themen, sondern vor allem linke, rechte, liberale oder konservative politische Positionen.»

Die Förderung eines interkulturellen Verständnisses oder ein rücksichtsvoller Umgang mit anderen Menschen werde in den vom Bund und der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren formulierten Bildungszielen explizit gefordert. «An diesen Werten orientieren wir uns an der Kantonsschule Solothurn im Unterricht und im Umgang mit den Schülerinnen und Schülern.»

Es handle sich dabei weder um rechte noch um linke Meinungen, sondern um die Werte einer demokratischen, liberalen und pluralistischen Gesellschaft, als deren Errungenschaft die heutigen staatlichen Mittelschulen erachtet werden können.

Samuel Batzli, Rektor der Kantonsschule Olten, hat sich nach mehreren Gesprächsterminen und einem aufwühlenden letzten Telefonat dazu entschieden, sich nicht zum Thema zu äussern. Die Zurückhaltung von Batzli erweckt den Eindruck, dass Befürchtungen mitschwingen, etwas Falsches zu sagen.

«Es ist selbstverständlich berechtigt hinzuschauen, aber was die SVP macht, grenzt an eine ‹Woke-Hysterie›.» Dies sagt SP-Kantonsrätin Silvia Fröhlicher. Immer wieder lasse die SVP die gleichen Angelegenheiten köcheln. Das konstante Misstrauen der SVP gegenüber der Bildungslandschaft Solothurn verbreite zunehmend schlechte Stimmung.

«Die Generalisierung, alle Lehrpersonen seien links, ist sowieso falsch.» Dies habe auch die durchgeführte Studie im Kanton Aargau deutlich ergeben. Bester Beweis sei zudem Roberto Conti als SVP-Politiker und Lehrer selbst. «Natürlich kann man die politische Färbung als Lehrperson nicht gänzlich verleugnen.» Dies gelte aber auch für Lehrpersonen aus der Mitte oder aus dem rechten Lager.

«Will die SVP einen Polizeistaat errichten, um Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler zu überwachen?», kritisiert Fröhlicher die Vorstösse. In der Bildungslandschaft Solothurn gebe es genügend «echte» Probleme wie beispielsweise der Lehrpersonenmangel. Darauf müsse der Fokus gerichtet werden.

Sind ins Visier der SVP geraten: Schülerinnen und Schüler der Solothurner Kantonsschulen. Die Partei befürchtet, sie werden beeinflusst.
Bild: Hanspeter Bärtschi

